

Ghetto/Ghettoisierung

Christiane Reinecke

Abstract: *Migration und Diversität gelten in den westeuropäischen Gesellschaften des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts noch immer vornehmlich als Problem und zumal als ›Integrationsproblem‹. Der Warnung vor der Herausbildung sogenannter Ghettos (›Migrantenviertel, ›Viertel mit hohem Ausländeranteil‹) kam und kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle zu. Bis heute verbinden Stadtpolitiker:innen mit dem dichten Zusammenwohnen von migrantischen oder migrantisierten Gruppen die Gefahr von Desintegration und sozialen Spannungen. Ausgehend vom Aufstieg und umstrittenen Gebrauch der Begriffe ›Ghetto‹, ›Ghettoisierung‹ und ›Segregation‹ diskutiert der folgende Beitrag, wie es dazu kam, dass der Anteil von Migrant:innen an der Wohnbevölkerung in Stadtpolitik, Forschung und Medien als Problem oder Skandal gehandelt wurde – und mit welchen politischen Folgen. Zum einen, um die Konflikte zu beleuchten, die sich an Migration als urbaner Tatsache entzünden. Zum anderen, um zu diskutieren, wie in Deutschland immer wieder scheinbar nicht und zugleich doch über rassifizierte Differenz gesprochen wird.*

Gheddo reloaded: Einleitung

»Du kriegst mich aus'm Ghetto, doch das Ghetto nicht aus mir«, heißt es bei dem Rapper Eko Fresh, der in seinen Texten immer wieder Köln-Kalk als sein Gheddo, seine Hood, seine Branx bezeichnet. Und der in der Berliner Großsiedlung Märkisches Viertel aufgewachsene Sido kontert: »Aufgewachsen zwischen Dreck und Beton/Ja, auch ich bin aus'm Ghetto gekomm.«¹ Tatsächlich gehören der Verweis auf die eigene Ghetto-Herkunft und der Vergleich mit

1 Eko Fresh, Das Ghetto nicht aus mir (2012); Eko Fresh, featuring Sido, Gheddo reloaded (2014).

Vierteln wie dem New Yorker Stadtteil Harlem zum gängigen Repertoire deutscher Rapper:innen. Die Feier der eigenen Ghetto-Herkunft ist Teil ihrer urbanen Anerkennungskämpfe, weil nicht nur die Stilisierung als Gangsta oder Underdog, sondern auch das Aufwachsen in einem verrufenen Viertel im Rap subkulturelles Potenzial besitzt.

Allerdings dienen ›Ghetto‹ und ›Ghettoisierung‹ mittlerweile weit über den Rap hinaus als Codewörter für schlechte Wohnbedingungen und Armut – und insgesamt für die Wohnverhältnisse von Menschen, die als migrantisch, ›ethnisch‹ oder ›rassisch‹ anders eingeordnet werden. Dabei stand ›das Ghetto‹ noch Mitte des 20. Jahrhunderts für einen primär jüdischen Ort, der von der langen Geschichte einer antijüdisch oder antisemitisch begründeten Separierung jüdischer Haushalte zeugte. Doch wandelte sich der Gebrauch des Begriffs in Deutschland am Übergang zu den 1970er Jahren just in dem Moment, als stadtpolitische Akteur:innen im engen Zusammenspiel mit einer erstarrenden Migrationsforschung Migration als eine urbane Tatsache zu entdecken begannen, die politische Aufmerksamkeit erforderte. Ebenso wie ›Segregation‹, ›Ausländeranteil‹, ›Migrantenviertel‹ oder ›No-go-Area‹ wurden ›Ghetto‹ und ›Ghettoisierung‹ einem ganzen Begriffsfeld zugeordnet, mittels dessen in Stadtpolitik, Sozialforschung und einer weiteren Öffentlichkeit migrantisch geprägte Wohnviertel besprochen (und abgewertet) wurden.

Die Warnung vor der Entstehung von ›Ghettos‹ in deutschen Großstädten ist aktuell nicht mehr ganz so häufig zu hören wie noch vor fünfzig Jahren. Sie taucht hin und wieder auf, ist aber tendenziell anderen (eng verwandten) Formulierungen wie der Warnung vor ›No-go-Areas‹ und ›Vierteln mit hohem Ausländeranteil‹ gewichen. Doch lohnt es sich zu verstehen, auf welche Weise Ghetto und Ghettoisierung zu migrationsbezogenen Begriffen wurden, weil die Warnung vor Ghettos in der Bundesrepublik eine zentrale stadtpolitische Leitlinie zu etablieren half. Diese Leitlinie prägt politische Entscheidungen bis heute: die Annahme nämlich, dass Konzentration Desintegration bedeutet, dass also das enge Beieinanderwohnen von als nicht-deutsch eingeordneten Haushalten ein Problem darstellt, das politische Lösungen erfordert.

Um den vielfältigen Konflikten nachzuspüren, die mit der wachsenden Diversität deutscher Großstädte verknüpft sind, gehe ich im Folgenden zunächst auf die Etablierung der migrationsbezogenen Rede von ›Ghettos‹, ›Ghettoisierung‹ und ›Segregation‹ in Stadtpolitik, Sozialwissenschaft und Medien ein. Ich diskutiere, welche Effekte der häufige Bezug auf die USA in diesem Rahmen hatte, um anschließend auf Ausläufer und Aktualisierungen der ›Ghet-

topanik« und die Kritik daran in zeitgenössischen politischen, wissenschaftlichen und aktivistischen Debatten einzugehen.

Die einsetzende Warnung vor ›Ausländerghettos‹ in Stadtpolitik und Forschung

Im fortgeschrittenen 20. Jahrhundert verabschiedeten sich viele westeuropäische Gesellschaften, darunter die deutsche, nur zögerlich von ihrem Selbstbild als ethnisch homogene (rein ›deutsche‹, rein ›französische‹ etc.) Gesellschaften. Obwohl diese Gesellschaften seit dem 19. Jahrhundert durchgehend von unterschiedlichen Wanderungsbewegungen geprägt waren, wurde Migration erst vergleichsweise spät als dauerhaftes und dauerhaft prägendes Phänomen verstanden (Espahangizi 2022; Alexopoulou 2020). Dass Migration im Westeuropa des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts in erster Linie als Problem und zumal als ›Integrationsproblem‹ dargestellt wird, ist in der jüngeren Migrationsforschung intensiv diskutiert und auch kritisiert worden (Möhring 2018; Schinkel 2017; Dahinden 2016; Nieswand/Drotbohm 2014; Hess/Moser 2009).

Allerdings ist in diesem Zusammenhang vergleichsweise wenig darauf eingegangen worden, welche besondere Rolle stadtpolitische Akteur:innen, Forschungen und der Bezug auf städtische Räume für Konflikte um Migration spielen. Das überrascht vor allem, weil die Frage, wie sich unterschiedliche Mobilitäten und eine wachsende Diversität gesellschaftlich auswirken, besonders intensiv in stadtpolitischen Zusammenhängen und anhand bestimmter urbaner Räume verhandelt wird – von Berlin-Kreuzberg in den 1970er Jahren bis hin zum Kölner Hauptbahnhof 2015 (Oltmer 2018; Hackett 2017). Auch im frühen 21. Jahrhundert werden diese Debatten meist von einer Problem- sichtsicht dominiert: Die wachsende Diversität deutscher Städte gilt in erster Linie als Schwierigkeit (und selten als Chance). Dabei wurde in stadtpolitischen Kreisen auffallend früh über die mittel- bis langfristigen Effekte von Migration diskutiert. Anders als auf Bundesebene gingen viele Stadtpolitiker:innen in Großstädten wie Stuttgart, München oder Frankfurt a. M. schon in den 1970er Jahren davon aus, dass die sogenannte Gastarbeitermigration das Zusammenleben in den Städten wohl dauerhaft prägen werde (Reinecke 2021: 227–266; Sparschuh 2021; Severin-Barboutie 2019; Espahangizi 2014).

Es ist kennzeichnend für den krisenhaften Ton dieser Entdeckung von Migration als urbaner Tatsache, dass schon bald vor der Herausbildung von ›Ausländerghettos‹ in unterschiedlichen Städten gewarnt wurde. So

spricht das Wochenmagazin *Der Spiegel* 1973 auf einer Titelseite von »Gettos in Deutschland«. In der Titelstory heißt es mit Blick auf die türkische Zuwanderung in Städten wie Berlin, München oder Frankfurt: »Es entstehen Gettos, und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem« (Gettos in Deutschland: 24). In zahlreichen anderen Printmedien und auch der Lokalpresse finden sich Anfang der 1970er Jahre ähnliche Warnungen.

Indes hatte ›das Ghetto‹ im deutschsprachigen Kontext noch in den 1950er Jahren als jüdischer Ort gegolten. Der *Große Brockhaus* etwa definiert »Ghetto/Getto« 1954 ausschließlich als eine seit dem 16. Jahrhundert gebräuchliche Bezeichnung »abgeschlossener Judenquartiere«, ergänzt durch den Hinweis auf die Errichtung von »Ghettos« im Zuge nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen.² Der Blick in andere Wörterbücher zeigt, dass sich die Bedeutung des Ghetto Begriffs im deutschsprachigen Raum dann in den späten 1960er Jahren aber binnen kurzer Zeit wandelte: Seitdem beschränken sich die Begriffsdefinitionen nicht mehr auf das Ghetto als einen jüdischen Raum. So ist etwa im *Brockhaus* von 1969 zu lesen, ein Ghetto könne auch ein Stadtviertel sein, in dem »eine rassische oder religiöse Minderheit lebt, z. B. das N*viertel Harlem in New York«. ³ ›Das Ghetto‹ wurde somit erstens zum Inbegriff einer *race-* oder klassenbasierten Absonderung von Menschen. Zweitens dienten immer wieder Stadtviertel wie New York-Harlem, die stark afroamerikanisch geprägt waren, als Inbegriff des ›Ghetto‹ in diesem neuen Sinne. Drittens wird auffallend oft die Soziologie als Bezugswissenschaft für dieses neue Begriffsverständnis angeführt.

Tatsächlich fand die Rede von ›Ghettos‹, ›Ghettoisierung‹ und ›Segregation‹ in erster Linie aufgrund einer erstarkenden Kultur der wissenschaftlichen Auftragsforschungen Eingang in stadtpolitische Debatten. Es gehörte in den 1970er und 1980er Jahren zu den noch vergleichsweise neuen Routinen deutscher Stadtverwaltungen, in der Auseinandersetzung mit neuen oder brisanten Fragen Studien in Auftrag zu geben. Vor allem von den Sozialwissenschaftler erwarteten sie sich Orientierungswissen. Mit diesen Studien wurde stets

2 »Ghetto, Getto«, in: Der Große Brockhaus, 16., völlig neu bearb. Aufl., 4. Bd., Wiesbaden 1954, S. 3630f.

3 »Ghetto, Getto«, in: Der Große Brockhaus, 17., völlig neu bearb. Aufl., 7. Bd., Wiesbaden 1969, S. 308f. »Ghetto, Getto«, in: Der Große Brockhaus, 18., völlig neu bearb. Aufl., 4. Bd., Wiesbaden 1978, S. 522; »Ghetto, Getto«, in: Der Große Brockhaus, 20., völlig neu bearb. Aufl., 8. Bd., Leipzig 1996, S. 486.

Politik gemacht. Sie wurden in politischen Debatten angeführt oder in eigens anberaumten Pressekonferenzen präsentiert. Das galt auch für die sogenannten Ausländerstudien, die Anfang der 1970er Jahren von vielen westdeutschen Stadtverwaltungen und -räten in Auftrag gegeben wurden, um sich ein Bild vom Umfang und den Folgen des Zuzugs migrantischer Haushalte zu machen (Reinecke 2021: 242–266).

Gerade in Großstädten zeichnete sich in dieser Zeit immer deutlicher ab, dass das ›Gastarbeiter‹-Prinzip, wonach migrantische Arbeitskräfte lediglich zeitweise zur Unterstützung der deutschen Wirtschaft ins Land kommen sollten, mit dem tatsächlichen Migrationsalltag wenig zu tun hatte. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer vieler Arbeiter:innen verlängerte sich. Es wuchs die Zahl derer, die nicht mehr fabriknah in separaten Gemeinschaftsunterkünften unterkamen, sondern die gemeinsam mit ihren Familien in regulären Privatwohnungen wohnten. Oftmals befanden sich diese Wohnungen in industrienahen oder innerstädtischen Altbauvierteln, die besonders stark von Abrissanierungen bedroht waren. Das lag daran, dass die Familien bei ihrer Wohnungssuche mit Diskriminierungen zu kämpfen hatten und für die Besitzer:innen der zum Abriss vorgesehenen Häuser die Vermietung an migrantische Familien besonders profitabel war.

Um den Wandel in den Geografien urbanen Wohnens einzuordnen, griffen die Autor:innen wissenschaftlicher Studien in dieser Zeit oft auf Untersuchungen über getrennte Wohnbereiche ›Weißer‹ und ›Schwarzer‹ in den USA zurück. Auf die Probleme, die eine solche Übertragung von Erkenntnissen, die eigentlich in ganz anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen und mit Blick auf andere Mietmärkte gewonnen worden waren, mit sich brachte, gingen sie meist nicht ein. Sie warnten vielmehr vor ›Zuständen wie in den USA‹, sollte es der deutschen Stadtpolitik nicht gelingen, die Konzentration migrantischer Haushalte in deutschen Großstädten zu beschränken. Besonders einflussreich taten das 1972 die Autor:innen einer sogenannten Problemstudie, die der Münchener Stadtrat in Auftrag gegeben hatte. Sie sagten unter Verweis auf »Beispiele aus den Vereinigten Staaten« die Entstehung von »Wohnghettos« in Münchens Innenstadt voraus und warnten, dass deren »räumliche Absonderung (Segregation) und Konzentration« die »Einbindung der Ausländer in die deutsche Gesellschaft« erschwere (Landeshauptstadt München. Stadtentwicklungsreferat 1972: 143f.).

Auch heute noch werden die Nachteile der räumlichen Häufung von Menschen aus ähnlichen Milieus (Klassen, Ethnien, *races*) und ihrer räumlichen Trennung von anderen mit dem Begriff der (residentiellen) ›Segregation‹ oder

auch der ›Ghettoisierung‹ gefasst. Gemeint ist damit ein räumlich getrenntes Wohnen unterschiedlicher Gruppen, das von Forscher:innen und Stadtpolitiker:innen mit Armut und geringer Teilhabe in Verbindung gebracht wird – oder aber mit der Bedrohung der nationalen Einheit oder des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Tatsächlich haben sich Debatten zu ›sozialer‹ (klassen- und schichtbasierter) und ›ethnischer‹ Segregation in Deutschland zunächst getrennt voneinander entwickelt. Sie gingen mit unterschiedlich gelagerten Warnungen einher: Ständen einerseits eher Verarmung oder Marginalisierung im Fokus, waren es andererseits eher Fragen der kulturellen Nähe oder Spaltung, Integration oder Desintegration.

Das dichte Beieinanderwohnen von als nicht-deutsch eingeordneten Haushalten wurde in den sogenannten Ausländerstudien der 1970er und 1980er Jahre in erster Linie mit ›ausbleibender Integration‹ gleichgesetzt. Die Autor:innen einer von der Stadt Nürnberg in Auftrag gegebenen Untersuchung aus dem Jahr 1974 beschreiben für bestimmte innerstädtische Viertel beispielsweise einen durch den Zuzug von Ausländer:innen und den Fortzug von Deutschen entstehenden »Ballungskreislauf«, der vor allem dazu führe, dass »ausländische Arbeitnehmer« und »Einheimische« wenig Kontakt zueinander hätten. Dadurch würden sich »Integrationshemmung und Sprachbarrieren« verstärken (Rothhammer 1974: 47f.). Und in einer Broschüre, die Mitglieder der Universität Bochum 1980 im Auftrag der Ruhrkohle AG zur »Wohnsituation ausländischer Arbeiter« erarbeitet hatten, heißt es: »Ein Ghetto ist dabei eine besonders problematische Form der Segregation. [...] So erschwert Segregation z.B. Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern. Diese Kontakte im Wohnbereich sind aber für die Eingliederung wichtig.« (Ruhrkohle Aktiengesellschaft 1981: 4)

›Ghettos‹, ›Ghettoisierung‹ und ›Segregation‹ wurden zu Kurzformeln für soziale Probleme und ausbleibende Integration, die wiederum ausschließlich ›den Ausländern‹ angelastet wurden. Während etwa in Großbritannien die Annahme verbreitet war, das urbane Zusammenwohnen ethnischer Communitys erleichtere das Ankommen und Einleben (Münch 2010), galt das für stadtpolitische Kreise in Deutschland lange Zeit nicht. Ähnlich wie in den Medien erfolgte das Reden über den ›wachsenden Ausländeranteil‹ in Städten in erster Linie im Modus der Krise. Und insbesondere in der verbreiteten Warnung vor ›Ghettos wie in den USA‹ griffen Skandalisierung und Rassifizierung immer wieder ineinander.

Skandalisierung und Rassifizierung

Drei Punkte sind an der Warnung vor Ghettoisierungsprozessen ›wie in den USA‹ auffallend: Die Übertragung der Gegenüberstellung ›weißer‹ versus ›schwarzer‹ Stadträume auf deutsche Großstädte hatte erstens zur Folge, dass die tatsächliche Vielfalt der urbanen Wohnbevölkerung auf zwei Gruppen reduziert wurde – ›Deutsche‹ und ›Ausländer‹. Zweitens wurden im Rahmen des Ghettoisierungsdiskurses immer wieder Migrant:innen – genauer betrachtet waren es in erster Linie als ›türkisch‹ und später als ›muslimisch‹ eingeordnete Menschen – mit Afroamerikaner:innen gleichgesetzt und im Zuge dessen auf spezifische Weise rassifiziert. Drittens wurde die Forderung nach einer besseren ›Durchmischung‹ städtischer Viertel zu einer zentralen Leitlinie deutscher Wohnpolitik.

Für die postnationalsozialistische und postkoloniale Bundesrepublik ist wiederholt behauptet worden, dass die Verwendung des ›Rasse‹-Begriffs nach 1945 vergleichsweise schnell tabuisiert worden sei und Rassismus höchstens noch ein Problem anderer Gesellschaften darstelle, nicht aber der eigenen. Diese Behauptung ist allerdings gerade in den letzten Jahren für eine wachsende Zahl von Wissensfeldern und Gesellschaftsbereichen widerlegt worden (Liebscher 2021). Die lange Wirkkraft kolonial geprägter Machtverhältnisse rückt zunehmend in den Blickpunkt auch deutscher Debatten, und in der aktuellen Rassismus- und Migrationsforschung beschäftigt sich eine wachsende Zahl von Studien mit rassistischen Denkfiguren und Diskriminierungen sowie mit der Geschichte und Aktualität antirassistischer Initiativen (Florvil 2020). Auch haben Historiker:innen gezeigt, dass ›Rasse‹ nach 1945 zwar immer weniger mit der Unterscheidung von jüdisch/nicht-jüdisch oder Blut und Erbe assoziiert wurde, aber Formen des *racialist thinking* im Nachkriegsdeutschland nicht einfach verschwanden, sondern sich stattdessen veränderten (Fehrenbach 2005; Alexopoulou 2020). Dass es unterschiedliche ›Rassen‹ geben sollte, war in der westdeutschen Öffentlichkeit noch immer weithin anerkannt. Nun waren es aber vor allem die Hautfarbe und die Unterscheidung zwischen ›weiß‹ und ›schwarz‹, die als relevante Kriterien für die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen ›Rassen‹ galten.

Wie selbstverständlich dabei Deutschsein mit ›Weißsein‹ gleichgesetzt wurde (El-Tayeb 2015), verdeutlicht auch die migrationsbezogene Rede über ›Ghettoisierung‹. Sie zeigt, wie die wiederholte Warnung vor ›Zuständen wie in den USA‹ in stadtpolitischen Debatten rassifizierende Effekte zeitigte, indem sie Nicht-Deutsche mit Nicht-Weißen gleichsetzte und alles Nicht-

Weißer als problematisch oder gefährlich beschrieb. Das galt für die Forschung ebenso wie für die Stadtpolitik. Ein markantes Beispiel dafür ist die Art und Weise, wie der Soziologe Jürgen Hoffmeyer-Zlotnik 1977 die »Invasion der Gastarbeiter« in Berlin-Kreuzberg mit der »Besetzung eines Wohngebietes in einer US-amerikanischen Großstadt durch die N(*)« verglich und vor einer »Ghettobildung« warnte, die den sozialen Frieden gefährde (Hoffmeyer-Zlotnik 1977: 9). Dass die sich häufenden Ghettowarnungen sich in Teilen negativ auf das Bild und die Lage der beschriebenen »ausländischen« Haushalte auswirkten, merkten Betroffene früh an. Die Mitglieder des Ausländerbeirats der Stadt München etwa kritisierten bereits 1975, dass die Verwendung eines an den USA orientierten Ghettobegriffs nicht nur inhaltlich unangemessen sei, sondern auch negative Folgen habe, insofern »der gebrandmarkten Bevölkerungsgruppe verstärkte Ressentiments entgegengebracht werden«.⁴

In jedem Fall leiteten die krisenhaften Beschwörungen eines wachsenden »Ausländeranteils« Politiken an, die auf eine Dekonzentration migrantischer Haushalte und eine »Durchmischung« der städtischen Wohnbevölkerung zielten. Zu diesen Politiken zählte die Einführung von Zuzugssperren für nicht-deutsche Haushalte in bestimmten Stadtvierteln ebenso wie die Etablierung von Höchstquoten in bestimmten Gebäuden oder Quartieren (Borgmann/Templin i.E.). Zur gleichen Zeit wie in anderen europäischen Ländern (etwa Frankreich) wurden Politiken der Mischung etabliert, die darauf zielten, den Anteil »ausländischer« oder »migrantischer« Bewohner:innen in bestimmten Vierteln zu begrenzen (Reinecke 2021).

Gegenbewegungen: Ghetto rebrandet?

Interviewer (zu einer Passantin auf einer Straße in Köln-Lindenthal): »Was würden Sie vorschlagen, damit sich die Deutschen besser in die Kölner Gesellschaft integrieren können?«

Passantin: »Die, die. Wie? Moment mal, also – die Deutschen?«

Interviewer: »Ja.«

4 Stadtarchiv München, Ausländerbeirat, Nr. 2.2: Sitzungen und Anträge, 1974-1979, Beschlüsse des Ausländerbeirates vom 14.03.1975.

Passantin: »Ich denke, wir sind integriert?«
 Weißes Ghetto, Kanak TV (2002)⁵

Zu den Begriffen und Denkfiguren, die antirassistische Initiativen wie Kanak Attak in den frühen 2000er Jahren kritisch beleuchteten, gehört auch der Ghetto-Begriff. In ihrer filmischen Intervention *Weißes Ghetto* beispielsweise kehren die Aktivist:innen die gängige Rede über Integration und Ghettoisierung um, sodass deutlich wird, dass damit üblicherweise ein Teil der deutschen Gesellschaft als ›normal‹, ›weiß‹ und ›schon immer da‹ gerahmt und von Menschen abgegrenzt wird, die als ›migrantisch‹, ›anders‹ und ›dauerhaft integrationsbedürftig‹ markiert werden. Gruppen wie Kanak Attak haben auf diese Weise zu einer erstarkenden Diskussion über Rassismus und migrantische Selbstermächtigung beigetragen, die in der jüngeren Zeit eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen beginnt.

Der veränderte Blick speziell auf die Vielfalt deutscher Großstädte ist allerdings nicht auf aktivistische Kreise beschränkt. Auch in der Stadtforschung ist es in den letzten beiden Jahrzehnten gängiger geworden, Migration als urbanen Normalfall zu betrachten. Die von dem Soziologen Steven Vertovec 2007 erstmals geprägte Formel von der Superdiversität moderner Gesellschaften beispielsweise wird gerade in der Stadtforschung und auch in stadtpolitischen Debatten immer wieder aufgegriffen. Ähnlich wie andere kultur- und sozialwissenschaftliche Studien hebt die jüngere Stadtforschung vermehrt die gesellschaftsgestaltende Kraft von Migration hervor und stellt den Warnungen vor desintegrierten Städten Sichtweisen zur Seite, die urbane Räume als kosmopolitische Ermöglichungsräume rahmen, in denen Pluralität erfahren und erprobt werden kann (Yildiz 2015).

Auch wird inzwischen in kommunalen Kreisen häufiger das Potenzial der »Stadt als Ankunftsraum« hervorgehoben und auf die Rolle von Städten als »arrival cities« verwiesen. Der Begriff ist dem 2011 erschienenen und 2013 ins Deutsche übersetzten Buch *Arrival City* des Journalisten Doug Sanders entlehnt (Sanders 2013). Dass das Konzept der »Ankunftsstadt« vermehrt Eingang in kommunale Selbstdarstellungen findet, zeugt dabei von einem weit über die Stadtforschung hinausgreifenden Blick auf Städte als nicht ausnahmeweise, sondern normalerweise von Migration geprägte Räume. Denn tatsächlich haben zahlreiche Großstädte (etwa Frankfurt a.M.) unter explizitem Verweis

5 Weißes Ghetto, Kanak TV (Satire, BRD 2002), TC 00:01:40, https://www.youtube.com/watch?v=Cwdy_GAPBJQ vom 14.03.2023.

auf ihre ›Diversität‹ damit begonnen, sich offensiv als multikulturelle, welt-offene *global cities* zu präsentieren (und zu vermarkten) (Rodatz 2014). Diese urbanen Vermarktungsstrategien entspringen allerdings nicht immer einer veränderten gesellschaftlichen Sicht auf Migration, sondern sind in Teilen der Herausbildung einer unternehmerischen Stadt geschuldet, die verstärkt auf Standortpolitiken und die Arbeit der Bürger:innen an der eigenen globalen Wettbewerbsfähigkeit setzt, während sozialpolitische Unterstützungslogiken in den Hintergrund treten.

Das migrantische Ghetto wird in diesem Zusammenhang in gewisser Weise *rebrandet*: vom gesellschaftlichen Krisen- zum Vorzeigeraum.

Fazit

Allerdings ist diese stärker auf die Offenheit, Solidarität oder den Kosmopolitismus urbaner Bevölkerungen und Verwaltungen abstellende Sicht keineswegs vorherrschend oder unwiderrprochen. Noch immer oder immer wieder wird das dichte urbane Zusammenwohnen von Bewohner:innen, die auf die eine oder andere Weise als zu fremd, zu wenig deutsch oder zu wenig europäisch eingeordnet und ausgegrenzt werden, skandalisiert und mit der Forderung nach geschlossenen Grenzen, geringeren Aufnahmequoten oder einer härteren Abschiebepaxis verbunden.

In den Massenmedien und politischen Debatten ist die Darstellung sogenannter Problemviertel oder No-go-Areas weiterhin häufig mit einer rassifizierenden Darstellung bestimmter Gruppen wie ›Russlanddeutschen‹ oder ›jungen Arabern‹ verknüpft, denen – von einem essentialistischen Kulturverständnis unterfüttert – neben kultureller Andersartigkeit auch ein höherer Hang zu Kriminalität, Aggressivität und Vandalismus unterstellt wird. Dass Menschen, die sich an sogenannten verrufenen oder gefährlichen Orten aufhalten, in verschiedenen deutschen Bundesländern anlasslos von der Polizei angehalten und überprüft werden können, ist dabei nur ein Beispiel für die Effekte, die ein solcher Ruf für die Bewohnerschaft eines Viertel haben kann (Belina/Wehrheim 2020). Und genau genommen dürften Rapper wie Eko Fresh auch deswegen die eigene Ghetto-Herkunft beschwören, weil ›das Ghetto‹ in der Öffentlichkeit noch immer als migrantisierter und kriminalisierter Skandal- und Krisenraum gehandelt wird, der die Aufmerksamkeit von Politik und Polizei erfordert. Umso wichtiger ist es, in der Migrations-

und Stadtforschung kritisch zu reflektieren, wie es zur Ausrufung solcher Skandal- und Krisenräume kommt – und welche Effekte sie hat.

Literatur

Zum Weiterlesen

- Alexopoulou, Maria (2020): Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Ditzingen: Reclam.
- El-Tayeb, Fatima (2015): Anders Europäisch. Rassismus, Identität und Widerstand im vereinten Europa, Münster: Unrast 2015.
- Rau, Susanne (2017): Räume. Konzepte, Wahrnehmungen, Nutzungen, Frankfurt a.M.: Campus.
- Reinecke, Christiane (2021): Die Ungleichheit der Städte. Urbane Problemzonen im postkolonialen Frankreich und der Bundesrepublik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Zitierte Literatur

- Belina, Bernd/Wehrheim, Jan (2020): »Danger Zones«: How Policing Space Legitimizes Policing Race«, in: María do Mar Castro Varela/Barış Ülker (Hg.), Doing Tolerance. Urban Interventions and Forms of Participation, Opladen: Barbara Budrich, S. 95–114.
- Borgmann, Malte/Templin, David (i.E.): »Von der Zuzugssperre zur Gentrifizierung. Politische Regulierungsversuche stadträumlicher ›Ausländerkonzentrationen««, in: Andreas Pott (Hg.), Die Produktion von Migration, Wiesbaden: Springer VS.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (Hg.) (2002): Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Ist die multikulturelle Stadt gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell?, Opladen: Leske + Budrich.
- Dahinden, Janine (2016): »A Plea for the ›De-Migranticization« of Research on Migration and Integration«, in: Ethnic and Racial Studies 39, S. 2207–2225.
- El-Tayeb, Fatima (2015): Anders Europäisch. Rassismus, Identität und Widerstand im vereinten Europa, Münster: Unrast.
- Espahangizi, Kijan (2022): Der Migration-Integration-Komplex. Wissenschaft und Politik in einem (Nicht-)Einwanderungsland, 1960–2010, Göttingen: Konstanz University Press.

- Espahangizi, Raika (2014): »Migration and Urban Transformations. Frankfurt in the 1960s and 1970s«, in: *Journal of Contemporary History* 49, S. 183–208.
- Fehrenbach, Heide (2005): *Race after Hitler. Black Occupation Children in Postwar Germany and America*, Princeton: Princeton University Press.
- Florvil, Tiffany N. (2020): *Mobilizing Black Germany. Afro-German Women and the Making of a Transnational Movement*, Urbana: University of Illinois Press.
- »Gettos in Deutschland. Eine Million Türken«, in: *Der Spiegel* 31/1973, S. 24–34.
- Hackett, Sarah (2017): »The ›Local Turn‹ in Historical Perspective: Two City Case Studies in Britain and Germany«, in: *International Review of Administrative Sciences* 83, S. 340–357.
- Heitmeyer, Wilhelm (1998): »Versagt die ›Integrationsmaschine‹ Stadt«, in: ders. (Hg.), *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 443–467.
- Hess, Sabine/Moser, Johannes (2009): »Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche Betrachtungen einer Debatte«, in: Sabine Hess (Hg.), *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*, Bielefeld: transcript, S. 11–25.
- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P. (1977): *Gastarbeiter im Sanierungsgebiet. Das Beispiel Berlin-Kreuzberg*, Hamburg: Christians.
- Landeshauptstadt München. Stadtentwicklungsreferat (1972): *Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München. Problemstudie*, München: Landeshauptstadt München Stadtentwicklungsreferat.
- Liebscher, Doris (2021): *Rasse im Recht – Recht gegen Rassismus. Genealogie einer ambivalenten rechtlichen Kategorie*, Berlin: Suhrkamp.
- Möhring, Maren (2018): »Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 58, S. 305–330.
- Münch, Sybille (2010): *Integration durch Wohnungspolitik? Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich*, Wiesbaden: Springer VS.
- Nieswand, Boris/Drotbohm, Heike (2014): *Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Oltmer, Jochen (Hg.) (2018): *Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration*, Wiesbaden: Springer VS.

- Reinecke, Christiane (2021): Die Ungleichheit der Städte. Urbane Problemzonen im postkolonialen Frankreich und der Bundesrepublik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Rodatz, Mathias (2014): »Migration ist in dieser Stadt eine Tatsache. Urban Politics of Citizenship in der neoliberalen Stadt«, in: *sub/urban* 2, S. 35–58.
- Rothhammer, Peter (1974): Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien im Städtevergleich. Probleme, Maßnahmen, Steuerungsinstrumente, Berlin: Dt. Inst. f. Urbanistik.
- Ruhrkohle Aktiengesellschaft (Hg.) (1981): Broschüre. Wohnsituation der ausländischen Mitarbeiter der Ruhrkohle AG, Essen.
- Sanders, Doug (2013): Die neue Völkerwanderung – Arrival City, München: Büchergilde.
- Schinkel, Willem (2017): *Imagined Societies. A Critique of Immigrant Integration in Western Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Severin-Barboutie, Bettina (2019): Migration als Bewegung am Beispiel von Stuttgart und Lyon nach 1945, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Sparschuh, Olga (2021): Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München 1950–1975, Göttingen: Wallstein.
- Vertovec, Steven (2007): »Super-Diversity and its Implication«, in: *Ethnic and Racial Studies* 30 (6), S. 1024–1054.
- Yildiz, Erol (2013): Die weltoffene Stadt. Wie Migration Globalisierung zum urbanen Alltag macht, Bielefeld: transcript.

